



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1911

125 (15.3.1911) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-145272](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-145272)

General-Anzeiger



Abonnement:

70 Pfennig monatlich.
Erlangen 20 Bg. monatlich,
durch die Post bez. incl. Porto
auswärtig 21. 2. 42 pro Quartal.
Einzel-Kummer 5 Bg.

Inserate:

Die Colonnade . . . 25 Bg.
Wöchentliche Inserate . . . 20
Die Reklam-Gele . . . 1 Wort

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Gefestete und verbreitete Zeitung
in Mannheim und Umgebung.

Täglich 2 Ausgaben
(ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbüros
in Berlin und Karlsruhe.

Telegraphen-Adresse:
„General-Anzeiger
Mannheim“.

Telefon-Nummern:
Direktion, Buchhaltung 1449
Druckerei-Bureau (An-
nahmen, Druckarbeiten) 541
Redaktion . . . 577
Expedition und Verlags-
buchhandlung . . . 318

Schluss der Inseraten-Ausnahme für das Vorkriegsblatt Morgens 1/2 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Nr. 125.

Mittwoch, 15. März 1911.

Abendblatt.)

Die heutige Abendausgabe umfasst
12 Seiten.

Britische Marinepolitik.

(Von unserem Londoner Mitarbeiter.)

× London, 12. März.

Die von der britischen Regierung für das Finanzjahr 1911/12 aufgestellten Voranschläge repräsentieren ein Kompromiß zwischen extremen Parteiforderungen. Die Tories verlangen acht neue Dreadnoughts, die Radikalen wollen sich höchstens auf vier beschränken, die sozialistische Arbeiterpartei verweigert überhaupt jede Erhöhung des Flottenbauprogramms, die Admiralsität glaubt mindestens sechs fordern zu müssen, und die Regierung hat sich schließlich — angeblich unter Zustimmung der Admiralsität — dafür entschieden, den Staatshaushalt mit fünf neuen Dreadnoughts zu belasten, sodas das Marinebudget gegen das Vorjahr um 3 781 000 Pfd. Stg. steigen und im ganzen also auf 43 070 000 Pfd. Stg. angewachsen ist. Wollig zufrieden mit den Anschlüssen sind nur die gemäßigten Liberalen, und ein kleiner Prozentsatz von gemäßigten Konservativen ist geneigt, sie als „nicht ganz unbefriedigend“ zu bezeichnen, vorausgesetzt, daß die Regierung, wie sie in den kommenden Parlamentsdebatten nachzuweisen haben wird, von der Admiralsität wirklich die Versicherung erlangt hat, daß mit dem „beschränkten“ Bauprogramm die „unangreifbare“ Suprematie der britischen Seestreitkräfte aufrechterhalten werden kann. Jedenfalls wird die Regierung einen Ansturm von zwei entgegengesetzten Seiten her abwehren haben — von den Radikalen und Arbeiterparteiern im eigenen Lager wegen Verschleuderung der Staatsrenten auf nutzlose Rüstungen, von den Tories im gegnerischen Lager wegen Gefährdung der britischen Seeherrschaft und der Sicherheit des britischen Reiches. Die radikale Presse hat sofort nach Veröffentlichung der Anschläge ein großes Entrüstungs-geschrei erhoben, und die sozialistischen und radikalen Führer haben für die parlamentarische Debatte bereits Projektanträge entgegendigt, worin betont wird, daß das Hinausschrauben des Flottenetats durch keinerlei auswärtige Ereignisse begründet werden könne, und nur zu weiterer Weitrufen unter den Mächten und zur Bedrohung des Weltfriedens beitragen werde. Das Eingekündigte des Ersten Lords der Admiralsität Mr. Kenna, daß die Regierung falsch unterrichtet war, als sie Deutschland einer geheimen Beschleunigung seiner Kriegsschiffbauten verdächtigte, wird dabei ein ihrer Hauptargumente bilden, um die Nichtberechtigung einer abermaligen Erhöhung der Dreadnoughtbauten zu beweisen. Auch die Iren machen Miene, sich diesem Vorgehen anzuschließen. Aber die Regierung kann auf die Unterstützung der gemäßigten Konservativen wie der extremen Tories, d. h. der gesamten unionistischen Partei rechnen, wenn es, wie wahrscheinlich ist, dazu kommen sollte, daß die 5 Dreadnoughts vor dem Ansturm der extremen Radikalen und Sozialisten gerettet werden müssen. Das wird indes die Tories nicht davon abhalten, die Regierung gleichzeitig mit der Beschuldigung zu beschuldigen, daß sie ihre Anschläge nicht

hoch genug bemessen hat. Sie klagen den Marineminister der Kurzsichtigkeit an, weil er nur die augenblickliche überwältigende Ueberlegenheit der britischen Seestreitkräfte in Rücksicht nehme und nicht in Betracht ziehe, daß mit seinen Anschlüssen diese Ueberlegenheit nur auf zwei bis drei Jahre gesichert sei und daß sich im Jahre 1915 die Lage völlig zu Ungunsten Englands verändert haben werde, wenn man nicht rechtzeitig vorbeue.

Und welches sind die Ereignisse und Eventualitäten, die eine solche Veränderung herbeizubringen imstande sind oder sein sollen?

Mit dem Jahre 1915 geht das englisch-japanische Bündnis zu Ende, und da seine Erneuerung fraglich ist, so wird England sich nach aller Wahrscheinlichkeit vor die Notwendigkeit gestellt sehen, wieder eine Flotte erstklassiger Kriegsschiffe zum Schutz seiner Interessen nach dem fernen Osten zu entsenden. Im Jahre 1915, so führen die Tories weiter an, wird England gezwungen sein, auch ein Geschwader von acht Dreadnoughts im mittelländischen Meere bereit zu haben. Bis zu jenem Jahre wird England 30, Deutschland 21, Oesterreich und Italien je 4, der Dreieund also 29 Dreadnoughts besitzen. Hat England aber an sein Mittelmeergeschwader 8 erstklassige Schlachtschiffe abzugeben (wodurch überdies nur ebenhin das Gleichgewicht gegen Oesterreich und Italien hergestellt sein würde), so reduziert sich in der Nordsee sein Uebergewicht über Deutschland auf einen einzigen Dreadnought. Dabei hat Deutschland einen Vorteil in der Bemanningstrage, indem es über eine Seereise von 110 000, England dagegen nur über eine solche von 55 000 Mann verfügt. Ferner: Bis zum Jahre 1915 wird voraussichtlich der Panamakanal vollendet sein, was besagen will, daß sich die Seestreitkräfte allerbestens einer Grobmacht, nämlich der Vereinigten Staaten fast verdoppeln wird. Wo bleibt in Anbetracht solcher Eventualitäten, so fragen die Warnisten, die Aufrechterhaltung des selbst vom Premierminister Asquith für notwendig erklärten Zweimächte-Standard, und wie kann mit den von der gegenwärtigen Regierung vorgesehenen Mitteln in der Folgezeit die britische Seeherrschaft behauptet werden? Diese Fragen werden von den Warnisten unter Vorführung dürftiger Zukunftsbilder zur Erörterung gebracht, um womöglich wieder eine Panik im Lande hervorzurufen und so einen Druck auf die Regierung auszuüben. Ob ihnen die Erzeugung einer neuen Auflage der früheren Panik gelingen kann, muß mehr als fraglich erscheinen. Jedenfalls aber werden sie im Parlament von neuem mit dem von der Flotten-Liga befürworteten Vorschlag einer großen Marineanleihe herporzutreten, durch die sich nach deutschem Muster die Durchführung eines auf Jahre hinaus festgestellten Flottenbauprogramms, das dem jährlichen Varietät mit dem Budget entricht wäre, ermöglichen ließe. Da aber ein solcher Antrag auch wieder nur mit Hilfe eines panischen Schreies durchgesetzt werden könnte, so ist es mit seinen Aussichten schwach bestellt.

Es dürfte in diesem Zusammenhang erwähnenswert sein, daß das General-Komitee der Mid-Scotland Ship Canal Association in einer vorgestern in Glasgow abgehaltenen Sitzung den Beschluß gefaßt hat, die Genehmigung zu einem Schiffkanal vom Firth of Clyde nach dem Firth of Forth (an welcher letzterem bekanntlich die neue gegen Deutschland Franz machende Marinebasis Rosyth gelegen ist) nunmehr ernstlich zu betreiben. Der Kanal, dessen Herstellungskosten

auf 23 Millionen Pfd. Stg. veranschlagt sind, wird natürlich für den Hafen von Glasgow mit Bezug auf allen ostwärts gehenden Handelsverkehr von ungeheurem Nutzen sein, aber er würde zugleich auch eine strategische Bedeutung haben ähnlich derjenigen des Kaiser Wilhelm-Kanals, der Riel, wie der Mid-Scotland-Kanal es mit Bezug auf Glasgow tun soll, mit der Nordsee in Verbindung brachte. Die strategischen Vorteile, die das schottische Projekt bietet, würden darin bestehen, daß der Kanal eine schleunigere Zusammenziehung der britischen Seestreitkräfte, sei es an der Ost- oder Westküste ermöglicht, daß er die Docks und Werften von Glasgow mit den Marinestationen der Ostküste Großbritanniens in unmittelbare Verbindung setzt und im Besonderen den Wert und die Sicherheit der neuen (vorerst noch im Bau begriffenen) Operationsbasis von Rosyth wesentlich erhöht.

Politische Uebersicht.

Mannheim, 15. März 1911.

Die Gefahr einer Monopolisierung des deutschen Petroleumhandels.

Die Abg. Basser mann und Dr. Stresemann haben unter dem 12. d. Mts. mit Unterstützung der national liberalen Fraktion im Reichstage folgende Resolution beantragt:

„Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, Erhebungen darüber anzustellen, inwieweit durch das Vorgehen der Standard Oil Company und ihrer Tochtergesellschaften die Gefahr einer Monopolisierung des deutschen Petroleumhandels unter Ausschaltung des Zwischenhandels vorliegt und ob unter diesen Umständen die Errichtung einer unter Aufsicht des Reiches stehenden Anstalt zum Vertrieb des Petroleums im Interesse der deutschen Volkswirtschaft liegt.“

Abg. Stresemann hat, wie aus unserem Bericht über die Montagsitzung des Reichstages hervorging, diesen Gegenstand in seiner Rede zum Etat des Reichsamt des Innern näher behandelt. Wir tragen die betreffenden Bemerkungen ausführlich nach:

„Es ist die Frage aufzuwerfen, ob sich nicht in Deutschland eine Monopolisierung des gesamten Petroleums durch die Standard Oil Company vollzogen hat. Ihre Herrschaft hat sich, seitdem wir hier diese Sache verhandelt haben, immer weiter ausgedehnt. In dem Augenblick, wo sie den letzten Konkurrenten niederlanturrieren hat, wird sie unzugänglich den Preis und abnehmen, den sie nur abnehmen kann. Alle großen Petroleumfirmen in Deutschland sind nur noch Agenten der Standard Oil Company. Der Detailhandel wird nur noch von ihr betrieben. Durch eine solche Konzentration können allerdings viele Zwischenstationen vermieden werden. Die Erparnisse, die dadurch erzielt werden, genügt aber nicht etwa der Konsument, sondern die Gesellschaft. Die Regierung sollte dem Weltmonopol entgegenzutreten durch die

Seuilleton.

Venes vom „Rosenkavalier.“

Kathentisches über die strittigsten Punkte der Oper von Josef W. Fuxner. München.

Kaum hatte das jüngste Opernkind von Richard Strauß „Der Rosenkavalier“ die Feuerprobe erhalten, kaum waren die letzten Walzermotive des Ochs v. Verdenau zum ersten Male im Rampenlichte erschienen, hatte die minnebedürftige, alternde Mar-Kollin zum ersten Male öffentlich den jungen Oktavian liebend umfassen, da hob auch schon ein Streit der Meinungen an und lange Zeit beherrschte das Für und Wider im „Rosenkavalier“-Saale das Heuilleton der Presse. Damals war es, als ich Richard Strauß nach St. Moritz ein Brieflein schickte mit der Bitte, mir über die strittigsten Punkte seines Werkes Auskunft zu geben. Aber Richard Strauß verspürte keine Lust, sich in den Strudel der sich widersprechenden Kritiker zu begeben und gab mir zur Antwort, daß er vorläufig auf die Beantwortung der gemachten Fragen nicht eingehen möchte, daß sich der Streit ruhig ausleben möge. Und wie recht hat doch der vom Glück und der Gunst des Publikums so verbäufelte und derwöhnnte Komponist! Heuliten! Verstummt ist das Pro und Contra, Oper um Oper erweist den „Rosenkavalier“ und die Theaterfassung 1910/11 steht in ihrem letzten Drittel unter dem Zeichen des „Rosenkavalier“. Schon tauchen Gerüchte über neue Zukunftslösungen des Komponisten auf. Bis heute aber ist noch keine authentische Antwort und Erklärung zu den strittigsten Punkten der heute meist genannten Oper veröffentlicht worden, zu jenen Punkten, die sich in folgende Fragen zusammenfassen lassen:

1. Die Entwicklungsgeschichte des „Rosenkavalier“.
2. Warum trotz der Zeit Maria Theresias die Verwendungs so reichlicher Walzermotive?
3. Warum nach Salome und Elektra dieser unvermittelte Sprung zum heiteren Genre?
4. Ist der „Rosenkavalier“ der Beginn einer neuen Epoche im musikalischen Schaffen des Komponisten?
5. Welche Zukunftslösungen beschloß Richard Strauß?

Ich bin in der Lage, auf diese sicherlich allgemein interessanten Fragen authentische Antworten zu geben, die aus unmittelbarer Quelle stammen. Sie lauten:

Die Entwicklungsgeschichte des „Rosenkavalier“ ist in ihren Hauptzügen nicht unbekannt, denn bereits in meiner im Januar erfolgten Analyse der Oper, die auch im Mannheimer General-Anzeiger erschien, konnte ich darauf hinweisen, daß Richard Strauß es selbst war, der schon im Titel den Schwerpunkt auf den jungen Oktavian legte. Neu ist folgendes: Richt Richard Strauß, sondern Hugo v. Hoffmannsthal hat den Stoff der Oper frei erfunden und hat das fertige Libretto dem Komponisten vorgelegt. Wie immer dauerte es auch hier geraume Zeit, bis Richard Strauß sich für das Libretto entschied, denn Strauß ist bei der Auswahl der zu komponierenden Texte von einer peinlichen Unentschlossenheit und Ängstlichkeit. Hat ihn aber ein Stoff gefesselt, dann widmet er sich ihm mit aller Lust und fast leidenschaftlichen Hingebung. Hoffmannsthals Rosenkavalier-Libretto mußte sich auf Veranlassung des Komponisten mannigfache Umänderungen, die sich zum Teil auf ganze Szenen erstreckten, gefallen lassen. Neue Szenen wurden eingefügt, bis der Text die heutige Form und Fassung hatte. Als Komponist ist Richard Strauß von minutiöser Gewissenhaftigkeit. Die Partiturenwürde werden mit Heißtiff geschrieben, die Noten sind so klein, daß sie mit bloßem Auge kaum zu lesen sind, man findet in dem ersten Entwurfe — ich sah die

Skizze zum Anfange des dritten Aktes — die der Komponist abtrug dem trefflichen Dirigenten des „Rosenkavalier“, dem Münchener Hofkapellmeister Franz Cortis als Dank für die Einstudierung der Oper am Münchner Hoftheater debiciert hat — ich sage, man findet in dem ersten kompositorischen Manuskript nur verschwindend wenig Änderungen und Verbesserungen. Richard Strauß liefert also von Anfang an „druckfertiges Manuskript“.

Der Gegenstand heftiger Meinungsverschiedenheiten bildete der Umstand, daß „Der Rosenkavalier“, obwohl er in der Zeit Maria Theresias spielt, wo der Walzer noch nicht die Vorherrschaft hatte, fast überreich mit Walzermotiven durchsetzt ist. Die Ansicht des Komponisten über diesen strittigen Punkt geht dahin, daß die Musik nicht dazu da ist, das Historische auf der Bühne zu illustrieren. Ich schalte hier ein, daß auch der Komponist des „Evangelium“, Wilhelm Kienzl, in einer mir kürzlich gewährten Unterredung ausdrücklich betonte, daß sich Geschichte absolut nicht komponieren lasse, daß es für ihn nichts Geschmackloseres gebe als eine „historische Oper.“ Richard Strauß ist nun so wurde mir authentisch mitgeteilt der Meinung, daß die Musik nicht die Aufgabe hat, sich in geschichtliche Reminiscenzen zu verlieren, indem sie nur Akzente bringt, die der Zeit entsprechen, in der die Oper spielt. Wollte die Musik zum „Rosenkavalier“ der Zeit gerecht werden, in der die Handlung vor sich geht, dann hätten Gavotte und Menuett eine derartige Behandlung erfahren müssen, daß die Oper ins Maßlose verlängert worden wäre und die Zeitdauer eines Theatersabends weit überschritten hätte. Neben diesem praktischen Grunde sah Strauß aber auch deshalb von einer reichlichen Verwendung der Tanzbewegungen zu Maria Theresias Zeiten ab, weil Gavotte und Menuett dem musikalischen Empfinden unserer Zeit fern liegen und wenig Ansonn gefunden hätten. Um aber doch wenigstens sichtlich in der Musik die Zeit der Handlung anzudeuten, sind Menuett und Gavotte in der Oper wohl enthalten, ja A. B. in der reizenden Frühstückszene im ersten Akte.

Ueberleitung des Zwischenhandels auf das Reich, beziehungsweise durch eine von ihm kontrollierte Gesellschaft. Das Reich als Gesamtkäufer könnte die Konkurrenz gegen die Standard Oil Company ganz anders aufnehmen. Das Petroleum brauchte deswegen nicht einen Preis zu zahlen, aber dem Reich stößen erhebliche Gewinne zu. Die Standard Oil Company ist eine kaufmännisch genial, aber brutal geleitete Profitgesellschaft. Sie wird das Deutsche Reich als Abnehmer nicht boykottieren, sie wird sich mit dem Deutschen Reich verständigen. Die Idee einer mitteleuropäischen Produktions- und Konsumtionsunion ist wieder ausgegriffen worden. Würden sich dadurch nicht unsere Verhältnisse zur Nordamerikanischen Union wieder verschlechtern?

In dem Prozeß zwischen der Standard Oil Company und dem Staate hat, so schloß der Rechner, der Vertreter des letzteren der Gesellschaft gegenüber eine Sprache geführt, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ; erdrückender Mißbrauch der Macht und expressiverische Maschinen schafften hätten die Gesellschaft zu dem gemacht, was sie jetzt wäre. Wir haben deshalb eine Enquete über diese ganze Petroleumfrage zu veranlassen beantragt, in der auch der Gedanke eines Reichshandelsmonopols erwogen werden muß.

Das Reichswertzuwachssteuergesetz und die Kommunen.

Nach § 58 des Reichswertzuwachssteuergesetzes (nach den Beschlüssen des Reichstages in dritter Beratung) erhält das Reich von dem Ertrage der Steuer 50 v. H. Weitere 10 v. H. erhalten, sofern nicht die Landesgesetzgebung eine andere Bestimmung trifft, die Bundesstaaten als Entschädigung für die Verwaltung und Erhebung der Steuer. 40 v. H. fließen den Gemeinden oder Gemeindeverbänden zu, in deren Bereich das Grundstück sich befindet. Nach dem klaren Wortlaut dieser Bestimmung — insbesondere veranschaulicht mit dem Wortlaut des § 49 des ersten Entwurfs — fallen die Kosten für die Verwaltung und Erhebung der Bundesstaaten zur Last. Wenn also die bundesstaatliche Gesetzgebung die Gemeinden mit der Veranlagung und Erhebung der Steuer beauftragt, würde daraus die Verpflichtung des Staates erwachsen, die Gemeinden aus der an den Bundesstaat fallenden Quote von 10 v. H. angemessen zu entschädigen. Die den Gemeinden zugesprochene Quote von 40 v. H. muß ihnen, ebenfalls nach dem klaren Wortlaut der gesetzlichen Bestimmung, unbeeinträchtigt durch die Kosten der Verwaltung der Steuer erhalten bleiben.

Um zu verhindern, daß vielleicht infolge bundesstaatlicher Gesetzgebung die Kosten für die Veranlagung und Erhebung der Steuer auf die Gemeinden abgewälzt und diese dadurch in der ihnen gesetzlich zustehenden Quote von 40 v. H. geschmälert werden, hat, wie die „Pfälzerzeitung“ hört, die dortige Stadtverwaltung eine Eingabe an das königlich preussische Staatsministerium gerichtet, in der gebeten wird, den oben skizzierten Erwägungen beim Erlaß der Ausführungsbestimmungen zum Reichswertzuwachssteuergesetz Rechnung zu tragen.

Deutsches Reich.

Eine Ergänzung zur Unterschlagung der Wertzuwachssteuer. Bei der Einführung des Reichswertzuwachssteuergesetzes ist der Regierung prophezeit worden, die betroffenen Kreise würden sehr bald Mittel und Wege zur Umgehung des Gesetzes finden. Die bisher bestichene Form war für die Veranlagung des zu veräußernden Grundbesitzes in eine G. m. b. H. und Verkauf der Anteile an Stelle des Verkaufs des Grundstückes selbst. Bei diesem Verfahren kam wenigstens noch der Ertrag des Kaufpreises usw. für die Regierung heraus. Höchst bedauerlich ist nun, daß jetzt noch ehe die staatlichen Erhebungen in der Richtung der Sicherung des Gesetzes gegen Umgehungen abgeschlossen sind, die beteiligten Kreise schon über die bisherige Abwehr hinaus Wege zur Vermeidung der ihnen lästigen Steuer gesucht und gefunden haben. Eine bekannte Berliner Bau-gesellschaft hat die Praxis angenommen, Ränge und Verkäufe überhaupt nicht mehr vorzunehmen, sondern sich nur Soli-machten zur Verwertung des Grundstückes geben zu lassen oder zu erziehen. Der jeweilige Bevollmächtigte zahlt bei Uebernahme der Vollmacht eine gewisse Summe als „Sicherheit“ an und läßt dann rotenweise das, was bei der „Verwertung“ herauskommt, an seinen Auftraggeber ab. Sollte diese Praxis Mode werden, so dürfte die Steuer auch nicht aumähernd den Erfolg haben, den man von ihr erwartet.

Der dritte kritische Punkt ist die Tatsache, daß Richard Strauß noch den musikalischen Explosionen der „Salome“ und „Metra“ so unermüdet den Schritt in das Bolzerreich unternimmt hat. Ich bin recht unterrichtet, wenn ich bemerke, daß die unredlich haben, die Richard Strauß für eine bestimmte musikalische Richtung beanspruchen. Richard Strauß hat selbst wiederholt öffentlich betont, daß er sich musikalisch nicht binden lasse, es komme einzeln und allein auf den Stoff an, der ihm vorgelegt wird; findet der Stoff bei Strauß als Reiz für Anregung und Inspiration, ist der Komponist der Ansicht, daß er mit diesem Stoffe musikalisch etwas zu sagen habe, dann entschließt sich Strauß zur Komposition. In dieser Tatsache liegt es auch begründet, daß Richard Strauß ungeheuer lange und vorsichtig bei der Auswahl des zu komponierenden Stoffes wählt. Die Entscheidung fällt erst, wenn sich der Künstler in seinem Innern darüber Gewißheit verschafft hat, daß der Text musikalische Inspirationen bei ihm auslösen werde. Von einer beabsichtigten Wandlung vom Drama zum Lustspiel zu sprechen, ist daher völlig falsch. Deshalb kann auch der „Rosenkavalier“ für Strauß nicht der Übergang zu einer neuen Epoche künstlerischen Schaffens gelten, denn es ist nicht ausgeschlossen, daß das nächste Opernwerk von Richard Strauß wiederum ein ernstes Thema behandelt.

Die Inspiration, die von einem Texte auf Strauß ausgeht, die ist entscheidend. Deshalb kann Richard Strauß die Frage: Welche Zukunftspunkte ihn beschäftigen, nicht positiv beantworten. Wohl ist es wahr, daß Hugo v. Hoffmannsthal nicht etwa im Auftrage, sondern aus freien Stücken gegenwärtig an einem Libretto arbeitet, das er zur Komposition Richard Strauß vorlegen wird; Strauß kennt bereits verschiedene Einzelheiten, aber er kann seinen Entschluß nicht eher fassen, bis ihm der Text nicht fertig vorliegt. Es handelt sich um ein Libretto, das in der Zeit Ludwigs XIV. spielt und noch heiteren Genres als „Der Rosenkavalier“ ist.

Absolet falsch oder sind jene Meinungen, die seit einigen Ta-

Zur Stichwahl in Gießen schreibt die „Nat. Corresp.“ in Uebereinstimmung mit sonstigen Meinungen nationalliberaler Blätter: Die von der „Frankfurter Zig.“ verbreitete Meldung über eine von der Giesener nationalliberalen Organisation für die bevorstehende Stichwahl ausgegebene Parole ist, wie uns von dem Vorsitzenden des Nationalliberalen Vereins Gießen mitgeteilt wird, unrichtig. Die geordnete Wahlkreisvertretung wird erst morgen (Mittwoch) zu der Angelegenheit Stellung nehmen.

Aus anderen Zeitungen und Zeitschriften.

Das badische Zentrum treibt es mit seiner Dege gegen die Regierung, die sich nicht als Sturmbock des Zentrums gegen den Großbock benutzen lassen will, bunt, so bunt, daß selbst der „Schwäb. Merkur“ in letzter Zeit mehrfach nicht umhin konnte seine Mißbilligung auszusprechen, so findet er zur neuesten Dege folgende scharfe Bemerkungen:

In der Zentrumspresse hat jetzt ein Haberdreibeiden gegen den Ministerialdirektor Dr. Böhm im Kultusministerium eingesetzt. Dr. Böhm ist Referent für das höhere Unterrichtswesen und sein Name wurde als der des künftigen Leiters des zu bildenden besonderen Ministeriums für Kultus und Unterricht genannt. Natürlich trägt kein anderer als er die Schuld, daß es in Freiburg bei der Behandlung der Kandidatenliste zur Befreiung des Lehrstuhls für Postorthopedie nicht nach Wunsch des Zentrums gegangen ist. Da beim Zentrum nun einmal alles persönlich zugespielt wird, genügt die Vermutung, um wilde Angriffe auf den Genannten zu entfesseln. Es liegt aber kein Anzeichen vor, daß Ministerialdirektor Dr. Böhm besondere Wege gegangen sei, vielmehr erscheint das Staatsministerium als vollkommen einig in der Freiburger Universitätsangelegenheit. Wenn die Reorganisation der Zentralstellen ins Leben tritt, wobei das Verkehrsamt zum Finanzministerium zurückkehrt, das Unterrichtsamt zum Kultusministerium verbunden und von der Justiz ein Ministerium des Kultus und Unterrichts abgetrennt wird, so daß die Verzahl der Minister erhalten bleibt, so wird freilich Dr. Böhm der nächste Anwärter dazu sein, das neue Ministerium zu übernehmen, und die Angriffe des Zentrums sind augenfällig zu ungerecht und unbegründet, um etwas daran zu ändern.

Die angeblich, aber doreist nur von der „Frankf. Zig.“ ausgehende nationalliberale Stichwahlparole in Gießen hat natürlich die heftige Entrüstung der Kreuz-Zeitung hervorgerufen, die besonders zu dieser Entrüstung legitimiert erscheint, wenn man sich erinnert, daß gerade Konserbative schon die indirekte Unterstützung der Sozialdemokratie gegen Nationalliberale in Aussicht gestellt haben. Die Kreuz-Zeitung erdreistet sich die nationalliberale Parteileitung also anzufahren:

Der Beschluß ist im höchsten Grade bedauerlich und verdienst von nationalen Standpunkt aus die schärfste Verurteilung. Er beweist, daß auf die entschiedene Gegnerschaft der nationalliberalen Partei gegen die Umstürzpartei, die ausgesprochen auf Befreiung der Monarchie und Anechtung des Bürgerturns durch den Despotismus der Masse hinzielt, auch außerhalb Badens kein fester Verlaß mehr ist. Jedenfalls muß die nationalliberale Parteileitung jetzt entschieden Farbe bekennen, wie weit sie überhaupt noch Wert darauf legt, zu denjenigen gezählt zu werden, die einem nationalen Kandidaten unter allen Umständen den Vorzug vor einem sozialdemokratischen geben. Angesichts der bevorstehenden Reichstagswahlen ist diese Feststellung unbedingt notwendig.

Mer auch nationalliberale Blätter äußern Bedenken. So die „Magdeb. Zig.“, die in gemessenen Zwischenpausen es liebt den Konserbativen eine Wiederherstellung des Kaiserthums anzubieten:

Da eine solche Haltung (die angeblich der Giesener Nationalliberalen) den nationalliberalen Grundgedanken — von Baden abgesehen — widerspricht, erscheint der Beschluß des Giesener Wahlvereins schon aus rein prinzipiellen Erwägungen bedauerlich. Er muß aber doppelt wegen der Wirkungen bedauerlich werden, die er mit Sicherheit herbeiführen wird. Schon heute besitzt sich die „Deutsche Tagesztg.“ jenen Beschluß gegen den nationalen Charakter der nationalliberalen Partei auszuspielen. Die Annahme, daß die ogito-

gen durch die Presse geben und besagen, daß Richard Strauß nach Hugo v. Hoffmannsthal im Auftrage von Max Reinhardt eine Firkusphantomime ausarbeiten. Weder ist Reinhardt mit einem solchen Anfinnen an die beiden Künstler herangetreten, noch besetzen Strauß und Hoffmannsthal an eine pantomimische Schöpfung. Das ist hollöcherliche Kombination.

Und doch ist Richard Strauß nicht etwa „arbeitslos“, nicht etwa ruht er auf den Erfolgen des „Rosenkavalier“ aus. Das geht daraus hervor, daß er gegenwärtig an einer großen Sinfonikomposition arbeitet. Es handelt sich um die Vertonung eines klassischen Gedichtes, ein zweichöriges a capella-Werk, mit dem kompositorisch wenigstens Strauß zu den Bahnen eines wuchtigen „Verden-gelanges“ zurückkehrt.

Viel Aufsehens ist in einem Teile der Presse darüber gemacht worden, daß „Der Rosenkavalier“ in der Mailänder Scala bei der Erstaufführung ausgefallen worden ist. Da kann ich wiederum authentisch mitteilen, daß dem Komponisten lange vor der Premiere von befreundeter italienischer Seite mitgeteilt worden war, daß ein Skandal inszeniert werden würde, falls er die Bolzer nicht pianissimo spielen lasse, denn man muß wissen, daß für Bolzer muß die Italiener ganz und gar nicht zu haben sind. Aber Richard Strauß gab diesem Wunsch nicht nach, denn er dachte daran, daß in der gleichen Mailänder Scala so auch ein Puccini mit der Oper „Butterfly“ derartig durchgefallen sei, daß sich der Komponist durch ein Hintertürchen flüchten mußte, um Mißhandlungen zu entgehen. Was heute ist „Butterfly“ eine der besten Opern in Italien; auch der „Rosenkavalier“ hat sich bereits in der Scala hässlich niedergelassen, denn schon die zweite Aufführung, bei der Richard Strauß das Augenmerk bei den Bolzern machte, fand heftige Aufnahme. Am den Komponisten bei den deutschen Opernbühnen mißlieblich zu machen, wurde ein in Mailand gewähltes Interim falsch ausgelegt, wurde behauptet, Strauß hätte die italienischen Bühnenkünstler über die deutschen

torische Bemerkung des Giesener Beschlusses auf die Bühnen-schicht in anderen Gebieten des Reiches ohne Einspruch bleibe, dürfte mit den Tatsachen nicht im Einklange stehen. Aus praktischen Gründen wie aus prinzipiellen Erwägungen sollte deshalb der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei geeignete Schritte tun, um der Wiederholung derartiger Beschlüsse vorzubeugen.

Dritter hessischer Handwerkertag.

* Mainz, 14. März.

Auf dem 3. Hessischen Handwerkertag, über den wir bereits kurz berichtet, sprach

Herr Synibald Engelbach-Darmstadt

über das Verdingungswesen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die heute geltenden Vorschriften den bestehenden Verhältnissen wie auch den Interessen der Unternehmer und Kleinhandwerker gebührend Rechnung tragen. Als Beweis hierfür führt Rechner den Rückgang der Beschwerden über das Verdingungswesen, soweit sie das Staatsbauwesen betreffen, an. Er ist sich aber auch wohl bewußt, daß man niemals das Verdingungswesen in Formeln kleiden könne, die alle Beschwerden ausschließen. Als vor jetzt fast elf Jahren die Handwerkskammer errichtet wurde, da haben wir es als unsere erste Aufgabe an, den künftigen Klagen über die Vergabe von Arbeiten an Generalunternehmer möglichst den Boden zu entziehen. Heute, wo fast an jedem selbst keinen Platz durchaus tüchtige, leistungsfähige Handwerksmeister und gut eingerichtete Werkstätten vorhanden sind, hat die Vergabe von Arbeiten an Generalunternehmer, die doch ihrerseits die Arbeiten an die einzelnen Handwerksmeister weiter vergeben, im allgemeinen keine so große Berechtigung mehr, als wie dies früher der Fall gewesen ist.

Unsern wiederholten Eintreten in diesem Sinne nicht nur bei den Staatsbehörden, sondern auch bei den Städten und größeren Gemeinden, überhaupt bei allen handvergebenden Stellen des Landes, ist es denn auch anzuerkennen, daß der Handwerkerstand zwar in erster Linie der einheimische Handwerkerstand, jetzt mehr direkte Berücksichtigung erfährt, als es vorher der Fall gewesen ist. Nächstem mußte es unsere Aufgabe sein, den Forderungen des Handwerks Nachdruck zu verleihen, daß ihm eine größere Mitwirkung bei den staatlichen Arbeitsvergaben zugesichert werde, daß insbesondere der Erlaß über das Verdingungswesen von 1898 im Sinne der Wünsche des Handwerkerstandes ergänzt werde. Bereits im ersten Jahr unserer Tätigkeit hatten wir die Genugung, daß uns das Ministerium die Bewerben für eine Umgestaltung zur Begünstigung überwieh, die insbesondere die Einführung von Preisverzeichnissen, welche für die freihändigen Arbeitsvergaben grundsätzlich maßgebend sein sollten und welche unter organischer Mitwirkung des Handwerks aufgestellt werden, sowie die freihändige Vergabe kleinerer Arbeiten im Voraus brachte. Wir haben denn auch die Befriedigung gehabt, unsere Wünsche in den Erlassen von 1902 verwirklicht zu sehen. Zur Ausführung wurde damals u. a. bestimmt, daß bei Aufstellung der Preisverzeichnisse durch die Hochbauämter Vertreter des Handwerks zugezogen werden und zwar bei jedem Hochbauamt für jeden Handwerkszweig bis zu drei Meister, wenn sie zur Führung des Meisterzettels berechtigt sind.

Bei dieser Gelegenheit darf ich nicht unerwähnt lassen, daß wir ständig und nachdrücklich dafür eingetreten sind, daß insbesondere dem einheimischen Handwerker die für ihn in Betracht kommenden Arbeiten reserviert werden, daß aber auch weiterhin bei gleicher Qualität und Preisen weiterhin das einheimische Material vor dem auswärtigen zur Verwendung kommt. Durch das letzte Tage erlassene neue Ausschreiben des Staatsministeriums sind die Wünsche des letzten Handwerkertages, z. B. Vollständigkeit der Verdingungsunterlagen, der Ausführungskriterien, Zeitpunkt der Ausschreibung usw., sowie besondere Forderungen des Handwerks erfüllt, die dahin gingen, daß bei engeren Ausschreibungen den Bewerbern ein Zuschuß zu den Selbstkosten der Entwurfsbearbeitung gewährt werden kann. Aber auch noch anderer Richtung wurden Untersuchungen angeestellt, welche Verbesserungen noch stattfinden könnten.

Ferner geht der Synibald auf die Behandlung der einseitigen Beschwerden ein. In der Regel wird von den Beschwerdeführern kein Unterschied gemacht, ob es sich um staatliche Bauten in Hessen oder um Bauten für Gemeinden wie Schulhäuser, Bauten der Kreise usw. handelt. Es wird dann allgemein gegen das staatliche Verdingungswesen Front gemacht. Sehr häufig kommen auch Klagen über die Arbeitsvergaben im Ressort des Militär-, Reichseisenbahn- oder Postwesens. Wenn auch die begünstigt. Dem gegenüber kann betont werden, daß die Ansicht von Richard Strauß dahin geht, daß die Italiener unstreitig mehr Bühnengeschick als die Deutschen haben, für gewisse Romane wirksamer vorzuziehen. So hatte z. B. in Mailand Strauß bei den Choristen nur einige Änderungen zu geben, und die Künstler mußten sofort, worauf es ihm ankam. Daraus aber dem Komponisten einen Strich brechen zu wollen, daß er dem italienischen Volk auf Verlangen Schmeicheleien gesagt hat, ist zum mindesten furchtbar. Die das taten, haben wohl vergessen, daß die Autoren von Bühnenwerken noch immer und an jedem Orte den darstellenden Kräften nur Lobes sagen. Da befindet sich Richard Strauß sogar in der Gesellschaft von Jbsen, der nachweislich 50 verschiedene Darstellerinnen seiner „Ara“ seine Photographie identisch und nachweislich unter jeder dieser Photographien die Worte setzte: „Meiner besten Ara in derglücker Dankbarkeit Jbsen.“ Und niemals hat man vernommen, daß ob dieser Massenwidmung Jbsen Mißbilligkeiten ausgesprochen wäre.

Was auch der „Rosenkavalier“ kein Ereigniswert sein, mag vielleicht in späteren Jahren der Komponist selbst auf dieses Opus mit Säbeln zurückblicken, so hat er es doch erreicht, daß für einige Zeit wenigstens von der leichtesten aller Theaterware, der Duzen-operette, die Blide ob- und zu einem Werke zugewendet werden, das sicherlich in jedem Takte und in jeder Szene ein Ausbruch unserer nervösen, hastenden, ruhelosen und unbestimmten Zeit ist. Als musikalischer Ausdruck unserer Zeitepoche wird „Der Rosenkavalier“ historischen Wert erlangen.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Hr. Kunze Norden, Mitglied uneres Operenvereines, gab kürzlich als Bild in Verbis „Migorio“ im Straßburger Schloßtheater. Wir geben nachstehend die Auslassungen der Kritik wieder. Es handelt sich um die „A. R.“. Da war von den Opernpartien zunächst Hr. Kunze Norden von Norddeutscher Hoftheater als „Gäbe“. Die Jung-

Die Vorschriften hier nicht Platz greifen, ist uns dennoch bei...

Herr Syndikus Engelbach

Der die „Verleihung von Privilegien an Gewerbeschulen.“...

Wir haben ausdrücklich anerkannt, daß eine Erweiterung der...

wo er seine Zeit in guter Unterhaltung verbringen kann, sei es...

Herr Syndikus Engelbach

die Reihe der vorliegenden Anträge. Aus der staltlichen Zahl...

Aus Stadt und Land.

Mannheim, 15. März 1911.

Personalnachrichten aus dem Ober-Postdirektionsbezirk Karlsruhe.

Ernannt wurde Hofsekretär Franz Rüttiger aus Baden...

Uebertragen wurde dem Geometer Emil Kuhn in Dossenheim...

Die zweite juristische Prüfung im Frühjahr 1911. Auf Grund...

Anlässlich des 90. Geburtstages des Prinzregenten Luitpold...

Kurz auf die Mannheimer Bürgerstadt betr. das bewilligte...

Erörterung, die für alle Seminaranfänger von größtem Interesse...

Zeitliche Erkrankung ist, wie aus Wänden gemeldet wird...

Der Rosenkavalier in Paris. Bekanntlich sind die Verhandlungen...

Eine Unterredung mit Leoncavallo. Leoncavallo erklärte einem...

nimmt die Geschäftsstelle dieses Vereins im Posthaus gerne ein...

Das Vergleichen des 18. Deutschen Lutzweises, umfassen haben...

Seebühnen. In dem heute begonnenen neuen Programm...

Uniontheater P. & M. Das heute begonnene vollständig...

Die Ortsgruppen Ludwigsbades und Mannheim des N. U. M....

Unwetter.

Aus Baden, 14. März. Der gestrige orkanartige Sturm hat...

Eine Familientragödie

Die Kunde von einer tieftraurigen Familientragödie durchlief...

Die Tragödie hat sich zwischen 11 und 12 Uhr abgespielt. Gestern...

Dies bedeutet die alte Prometheus-Sage, doch wird Prometheus...

kleine Mitteilungen. In Heidelberg war eine Deputation der...

Staatspapiere. A. Deutsche.

Table of German state securities with columns for date (14, 15) and price. Includes entries like Reichsbank, Reichsanleihe, and various bonds.

Aktien industrieller Unternehmen.

Table of industrial stocks including companies like Fabrik, Bergbau, and various manufacturing firms.

Bergwerkaktien.

Table of mining stocks such as Bismarck, Lauritzen, and other mining companies.

Aktien deutscher und ausländischer Transportanstalten.

Table of transport stocks including railway and shipping companies.

Bausparbriefe. Prioritäts-Obligationen.

Table of building savings certificates and priority obligations from various banks.

Bank- und Versicherungskurs.

Table of bank and insurance rates for various institutions.

Berliner Effektenbörse.

Table of Berlin stock exchange rates for various securities.

Berlin, 15. März. (Schlusskurs.)

Table of Berlin closing rates for various stocks and bonds.

W. Berlin, 15. März. (Telegr.) Nachbörse.

Table of Berlin after-market rates.

Pariser Börse.

Table of Paris stock exchange rates.

Londoner Effektenbörse.

Table of London stock exchange rates.

Wiener Börse.

Table of Vienna stock exchange rates.

Landesproduktenbörse Stuttgart.

Table of Stuttgart regional products market rates.

Die Stimmung auf dem Getreidemarkte hat sich in abgelassener Berichtsweise etwas freundlicher gestaltet... (Text continues with market analysis)

Marx & Goldschmidt, Mannheim

Telefon-Nr. 1011. Geschäfts-Nr. 56 und 1037. 15. März 1911. Provisionstreit

Table of insurance and financial services offered by Marx & Goldschmidt, including fire, life, and accident insurance.

Geschäftliches.

Verlassen des Lebens. Das oft unerklärliche schnelle Verlassen des Lebens, besonders das vorzeitige Altern, hängt irgendetwas zum großen Teil mit dem Verhältniss der Organe zusammen...

Spezialist: Dr. Fritz Goldschmidt. Dr. Fritz Goldschmidt, Mannheim. (Advertisement for medical services)

Drunter und drüber. (Advertisement for Kalodont toothpaste)

KALODONT Zahn-Crème Mundwasser. (Advertisement for toothpaste and mouthwash)

Gelegenheitskäufe in modernen Herrenstoffen. (Advertisement for men's clothing)

Grosses Lager in Beleuchtungskörper für elektrisches Licht. Stotz & Cie. (Advertisement for lighting fixtures)

Auf die am
Dienstag, den 21. März 1911
 zum Kurse von
86 ³/₄ %

zur Zeichnung aufliegenden

M. 130,560,000.-

4% Kaiserlich-Ottomanische Anleihe von 1911

nehmen die nachstehend verzeichneten dem Verein Mannheimer Banken und Bankiers angehörigen Firmen Anmeldungen ipesensfrei entgegen.

Mannheim, den 15. März 1911.

- Bank für Handel u. Industrie, Filiale Mannheim
- Dresdner Bank, Filiale Mannheim
- Herbst & Reyersbach
- Herrschel & Stern
- H. L. Hohenemser & Söhne
- Lefo & Langenbach
- Richard Loeb
- Mannheimer Bank A.-G.
- Mannheimer Privatbank Friedr. Straßburger
- Ludwig Marx
- Marx & Goldschmidt
- Pfälzische Bank
- Rheinische Creditbank
- Süddeutsche Bank, Filiale Mannheim
- Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.-G.

Consolidirte Alkaliwerke in Westeregeln.

Bezugsangebot von Mk. 700,000.— neuen Aktien.

Die Generalversammlung der Aktionäre der Consolidirten Alkaliwerke in Westeregeln vom 6. März 1911 hat beschlossen, das Aktienkapital um M. 700,000 vom 1. Januar d. J. ab dividendenberechtigte Stamm-Aktien zu erhöhen.

Nachdem die stattgefunden Kapitalerhöhung in das Handelsregister eingetragen ist, bieten wir hiermit die von uns übernommenen neuen Aktien den Besitzern der alten Stamm-Aktien derart zum Bezuge an, dass auf je M. 12,000 alte Aktien eine neue Aktie zu M. 1000 zum Kurse von 185%, zuzüglich 4% Stückzinsen vom 1. Januar 1911 ab, bezogen werden kann und zwar unter nachstehenden Bedingungen:

1. Das Bezugsrecht auf die neuen Aktien ist bei Meldung des Ausschlusses vom 17. März bis einschliesslich 31. März d. J. in Frankfurt a. M. bei der Mitteldeutschen Creditbank
 " " " " Firma Gebrüder Sulzbach
 " " " " Firma E. Ladenburg
 in Berlin " " Mitteldeutschen Creditbank
 in Mannheim " " Süddeutschen Disconto-Gesellschaft A. G.,
 während der bei jeder Stelle üblichen Geschäftsstunden auszuüben.
2. Bei der Anmeldung sind die alten Aktien, für welche das Bezugsrecht geltend gemacht werden soll, ohne Dividendenscheine in Begleitung eines doppelt ausgetüchteten Anmelde-scheines einzureichen. Die Aktien, für welche das Bezugsrecht ausgeübt ist, werden abgestempelt und demnächst zurückgegeben.
3. Bei Geltendmachung des Bezugsrechts ist auf jede neue Aktie der Nennbetrag zuzüglich 85% Agio und 4% Stückzinsen zu zahlen. Der Bezug erfolgt für die Aktionäre franko Schlussnotenstempel.
4. Ueber die geleistete Einzahlung wird auf dem Anmeldeschein Quittung erteilt. Die Ausgabe der neuen Aktien findet gegen entsprechende Quittung bei derjenigen Stelle statt, bei der die Einzahlung geleistet ist. Von dem Zeitpunkt der Ausgabe werden die Einreicher besonders benachrichtigt werden.
 Die Anmeldescheine sind bei den oben erwähnten Stellen erhältlich.

Frankfurt a. M., Berlin, Mannheim, im März 1911.

14831

Mitteldeutsche Creditbank. Gebrüder Sulzbach.
 Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A. G.
 Zeitungs-Makulatur Dr. H. Haas Buchdruckerel.

Bank für Handel und Industrie.

58. ordentliche Generalversammlung.

Wir beehren uns hiermit, unsere nach §§ 24 und bezw. 27 der Satzungen berechtigten Herren Aktionäre zu der
Mittwoch, den 5. April a. e., vormittags 11 Uhr,
 in unserem Geschäftsbüro zu Darmstadt stausitzenden achtundfünfzigsten ordentlichen Generalversammlung einzuladen.
 In derselben werden die in § 30 der Satzungen unter Nummer 1-4 genannten Gegenstände der Tagesordnung der regelmäßigen Generalversammlungen, sowie nachstehender Gegenstand verhandelt werden.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Abänderung des § 16 der Satzungen (Aufhebung der Begrenzung der Höchstzahl der Aufsichtsratsmitglieder).
 Die Hinterlegung der Aktien in Gemäßheit des § 24 der Satzungen hat spätestens am 1. April a. e., während der üblichen Geschäftsstunden zu erfolgen, und zwar entweder

bei den Niederlassungen unseres Instituts in Darmstadt, Berlin, Frankfurt a. M., Bamberg, Cottbus, Düsseldorf, Forst i. L., Frankfurt a. O., Freiburg i. B., Fürth (Bayern), Isern, Greifswald, Guben, Halle a. S., Hannover, Landau (Pfalz), Leipzig, Mannheim, München, Neustadt a. H., Nürnberg, Offenbach a. M., Prenzlau, Quedlinburg, Soan N. L., Spremberg, Stargard i. Pom., Stettin, Strassburg i. E., Wiesbaden,

- in Bremen bei der Deutschen Nationalbank, Kommandit-Gesellschaft auf Aktien,
 - Breslau " Breslauer Disconto-Bank,
 - Darmstadt " Deutschen Nationalbank, Kommandit-Gesellschaft auf Aktien,
 - Dresden " den Herren Albert Runge & Co.,
 - Hamburg " der Vereinsbank in Hamburg,
 - Heilbronn " den Herren Joh. Berenberg, Gohler & Co.,
 - Königsberg i. Pr. " Rümelin & Co.,
 - Mann " der Südbank für Handel und Gewerbe,
 - München " den Herren Schmitz, Heidelberger & Co.,
 - Nürnberg " Werd, Finck & Co.,
 - Posen " Kauf & Co.,
 - Strassburg " der Südbank für Handel und Gewerbe,
 - Wiesbaden " Württembergischen Vereinsbank und der Württembergischen Bankanstalt vormals Pfann & Co.
- Darmstadt und Berlin, den 13. März 1911.

Bank für Handel und Industrie. Hedderich. v. Alting.

14814

Der deutsche Zuverlässigkeitsflug a. Oberrhein

Aufruf an die Mannheimer Bürgerschaft!

In der Zeit vom 20. bis 28. Mai 1911 soll unter dem Protektorat Sr. Königl. Hoheit des Prinzen Heinrich von Preussen der Deutsche Zuverlässigkeitsflug am Oberrhein stattfinden.

Der Mannheimer Verein für Luftschiffahrt „Zähringen“

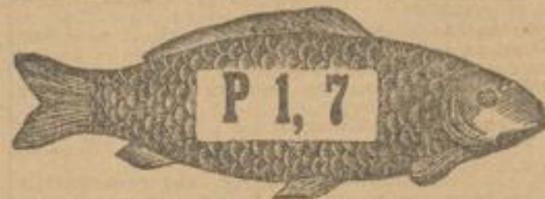
hat durch seine Teilnahme an der vorbereitenden Arbeit dahin gewirkt, dass Mannheim eine Tagesetappe bilden wird, und zwar werden die Flieger am 25. Mai hier eintreffen, um am 26. den Flug nach Frankfurt fortzusetzen. Das Unternehmen verursacht erhebliche Kosten. Die vom Fluge berührten Städte haben grosses Interesse und Opferwilligkeit bewiesen; trotzdem ist aber die finanzielle Unterlage des Unternehmens noch nicht ausreichend gesichert. Vor allem sind erhebliche Unterstützungen nötig, wenn von den schon ermüdeten Fliegern erwartet werden soll, dass sie auf dem hiesigen Landungs- und Startplatz noch Schau- und Passagierflüge ausführen.

Es werden zu diesem Fluge nur deutsche Flugführer und in Deutschland erbaute Apparate zugelassen. Mit Rücksicht auf die nationale Wichtigkeit dieses Fluges für die Entwicklung unseres Deutschen Flugwesens gestatten wir uns an die Mannheimer Bürgerschaft die Bitte zu richten, diese grosse Veranstaltung mit Geldmitteln zu unterstützen.

Zeichnungen nimmt die Geschäftsstelle des Mannheimer Vereins für Luftschiffahrt „Zähringen“ im Hansahaus gern entgegen. 22531

Für den Vorstand und Organisationsausschuss

Dr. Reiss. H. Rief. Lenders. Funk.



Peter Deuss, P 1, 7. Ganze Eisenbahnwaggonladung

feinste ausgesuchte Tafeltische kommen Heute Mittwoch, Donnerstag und Freitag

zum Verkauf. Es empfiehlt sich den Einkauf von frischen Fischen nur an diesen 3 Tagen vorzunehmen, weil gerade an diesen Tagen alles in feinsten lebendfrischer Ware vorrätig ist. Empfehle

- Feinst. voll. Angelschellfische Pfund 45 Pfg.
 - Feinste grosse Schellfische Pfund 30 Pfg.
 - Grosse Schellfische, ausgeschnitten Pfund 40 Pfg.
 - Iselhecht, schönes weisses Fleisch Pfund 35 Pfg.
 - Kabeljau, kein Abfall Pfund 30 Pfg.
 - Silberlachs, kein Abfall Pfund 25 Pfg.
 - Kleine Schellfische 4 Pfund 60 Pfg.
 - Grüne Heringe 4 Pfund 50 Pfg.
 - Rotzungen 50 Pfg. — Stockfisch Pfund 25 Pfg.
 - Finnsa u. hochweisse rotfleischige Ware Pfund nur 90 Pfg.
- Aus der Bäckerei täglich frische Bäckereien, sowie alle Fischmarinaden.

Haies Heringe.

Billige Salzheringe, zum Marinieren 10 Stück 35 Pfg.
 Grosse Salzcurken 6 St. 20 Pf., Grosse Essizgurken 10 St. 20 Pf.

Hausenstein & Vogler A.G.
 Anwesen-Anstalt für alle Zeichnungen & Ausschüsse der Welt
 Mannheim P. L. 1. Tel. 422

Verpachtung o. Verkauf
 Diese Gelegenheit, ein Fabrikgebäude (sehr modern) zu verkaufen, aber auch zu leihen, anderen gewerblichen Zwecken geeignet, mit od. ohne Wohnhaus und grossen Garten in einem Ort von Strassburg i. El. (Trambahnstation) unter günstigen Bedingungen jedoch zu verpachten od. zu verkaufen. 7431 Offerten unter F. 888 an Hausenstein u. Vogler A.G., Mannheim erbeten.

Ankauf.
 Für aller Art Kleider
 Stiefel u. Handwagen, zahle sehr hohe Preise!
 Goldhörn, G. 7, 27, 111 u. 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200

Stellen finden
Maschinist
 tüchtiger Mann, möglichst mit grösserer Schweizer-Dampfmotoren vertraut, zum baldigen Eintritt sucht. Dauernde Stellung. Herren in Jugendjahrschiffen und Lohn-Ansprüchen unter A. P. No. 58865 an die Expedition dieses Blattes.

Lehrmädchen
Schmädchen
 aus adäquater Familie u. 16 J. gesucht. Ch. u. Nr. 58878 an die Expedition dieses Bl.

Stellen suchen
 Wir suchen für eine Frau, welche sich in sehr milden Verhältnissen befindet, Stellung als Verkäuferin, Kassierin, Buchhalterin od. ähnlichen Vork. 247 Betr. in durchaus zuverlässiger Person u. wohnt in der Stadt. Gest. Offert. erbeten direkt St. Elisabeths-Krankenhaus, 114, Weidenstrasse, Barmen-Conventium, Sauerlandstr. 15, Tel. 954.

Aus dem Großherzogtum.

Beinheim, 14. März. Heute nachmittag ging in der Hauptstraße das Pferd des Fleischerhändlers Endersmüller durch, wobei der Besizer des Fuhrwerks vom Wagen gestürzt wurde. Er wurde bewußlos vom Pfluge getragen, erholte sich aber später wieder. Auch trug er einige Kopfverletzungen davon.

Wiesbaden, 14. März. Die hiesige Gängergesellschaft hat Oberst a. D. von Borckow einstimmig zum Ehrenbürgermeister gewählt und dem feierlichen Ehrenbürgermeister Prof. Dr. Müller in Anerkennung seiner vielfachen Verdienste zum Ehrenbürgermeister ernannt.

Wiesbaden, 14. März. Eine weitgehende Schiedsrichterei, bestehend aus Bogdán, Könige des Kaiserlichen Vereins, am 14. März (Bonn) und fand sie als schlichte Festgabe eines Arbeiters dem Prinzregenten zum 90. Geburtstag. Daran trat dieser Tage aus der Gasse des Regenten ein Dankschreiben ein, dem ein 30-Markstück beilag.

Wiesbaden, 14. März. In der Gemeinde Tuffscheldra ereignete die Verhaftung des Sohnes des hiesigen Bürgermeisters großes Aufsehen. Der 18-jährige Mann, der demnach heiraten wollte, soll sich eines Unzuchtvergehens schuldig gemacht haben.

Willingen, 14. März. Auf dem Verlauf der Zehrbrauerei hier an die K. u. K. Verwaltung in Tonnaschlingen stehen weitere Änderungen in der hiesigen Brauindustrie bevor und zwar beabsichtigt Mandelheimer Großbrauerei die „Kronbrauerei“ zu erwerben, deren Besizer, wie man hört, eine Million Mark fordert. Die „Bärenbrauerei“ in Schwanheim am Neckar steht mit der hiesigen „Bärenbrauerei“ in Erwerbverhandlungen.

Wiesbaden, 14. März. Das neue Gymnasium wird voraussichtlich am 20. April eröffnet werden. Vor dem Eröffnungsfest ist eine Abschiedsfeier vor dem alten Hause und für Nachmittags ein gemeinsamer Ausflug zu Schiff nach Uckerdingen geplant. In der Feier werden alle ehemaligen Schüler des Gymnasiums Ramheim eingeladen.

Pfalz, Hessen und Umgebung.

Speyer, 14. März. Durch den Gnadenruf des Prinzregenten ist am Samstag vormittag der frühere Kaiser der in Mandation befindlichen Gewerbedank, Wendelin Müller, in Freiheit gesetzt worden. Von seiner jährlichen Gehaltsfixe hat er 3 Jahre 11 Monate verbüßt. Müller ist zu seiner Familie nach Bergzabern zurückgekehrt.

PROSPEKT

über den Ersten Teil

von nom. Pfund türk. 7040000, gleich M 130560000, gleich österr. Kronen 153120000, gleich Francs 160000000, gleich £stg. 6400000, gleich holl. Gulden 76800000

Kaiserlich Ottomanischen 4%igen Anleihe von 1911

mit Sonder-Verpfändung der Zolleinnahmen des Vilayets Konstantinopel, im Nennbetrage von

Pfund türk. 11000000, gleich Mark 204000000, gleich österr. Kronen 239250000, gleich Francs 250000000, gleich £stg. 10000000, gleich holl. Gulden 120000000.

Diese Anleihe ist von der Kaiserlich Ottomanischen Regierung auf Grund des Artikels 20 des Finanzgesetzes für das Jahr 1326 (1910/11) geschaffen worden. Die Anleihe zerfällt in zwei Teile, deren erster sich auf einen Nennbetrag von Pfund türk. 7040000, gleich M. 130560000, gleich österr. Kronen 153120000, gleich Francs 160000000, gleich £stg. 6400000, gleich holl. Gulden 76800000 und deren zweiter sich auf einen Nennbetrag von Pfund türk. 3960000, gleich M. 73440000, gleich österr. Kronen 86130000, gleich Francs 90000000, gleich £stg. 3630000, gleich holl. Gulden 43200000 beläuft.

Der Ertrag des ersten Teils ist in erster Reihe zur vollständigen Rückzahlung der türkischen Schatzscheine im Nominalbetrage von Pfund türk. 5500000 bestimmt, die auf Grund desselben Artikels 20 des vorgenannten Finanzgesetzes zur Deckung des Defizits des Budgets für das Jahr 1326 ausgegeben worden sind.

Der Ertrag des zweiten Teiles wird zum Ausgleich des Budgets des Jahres 1327 bestimmt werden. Um die regelmäßige Zahlung der für Verzinsung und Tilgung der Anleihe erforderlichen Beträge zu sichern, überweist und verpfändet die Kaiserlich Ottomanische Regierung den Banken, welche die Anleihe abgeschlossen haben, unwiderruflich und unter Verzicht auf anderweitige Verwendung ihrerseits bis zur vollständigen Tilgung der Obligationen jährlich den Betrag von Pfund türk. 550000 aus den Zolleinnahmen des Vilayets Konstantinopel. Die Hauptverwaltung der Zölle und indirekten Steuern hat die Einnahmen der Hauptzollverwaltung von Konstantinopel nach Abzug der Verwaltungs- und Erhebungskosten dieser Einnahmen monatlich an die Filiale der Deutschen Bank in Konstantinopel abzuführen, und zwar vom 1. Januar (n. S.) und 1. Juli (n. S.) jedes Jahres ab bis zu dem Zeitpunkt, an welchem sich der Halbjahresbetrag von Pfund türk. 275000 in den Händen der Filiale Konstantinopel der Deutschen Bank befindet.

Die Kaiserlich Ottomanische Regierung erklärt, dass sie während der ganzen Dauer der gegenwärtigen Anleihe keine Abänderung treffen wird, welche die für den Dienst der gegenwärtigen Anleihe besonders verpfändeten Einkünfte verringern oder verändern könnte, ohne vorher andere, von den vertragsschließenden Banken angenommene Einnahmen für diesen Dienst verpfändet zu haben. Die Umwandlung der gegenwärtigen Wertpapiere in Spezialanleihe soll nicht als eine Abänderung gelten.

Die Zolleinnahmen des Vilayets Konstantinopel (ohne den Zollsatz von 3%), welcher zu den durch das Kaiserliche Dekret vom 28. Moharrem 1299 an die Dette Publique Ottomane abgetretenen Einkünften gehört) haben betragen:

Table with 3 columns: Year, Amount in Pfund türk., Amount in M. (Mark)

Die gegenwärtige Anleihe wird in Inhaber-Obligationen im Nennwert von je Pfund türk. 25, gleich M. 408, gleich österr. Kr. 478,50, gleich Frs. 500, gleich £stg. 20, gleich holl. Gulden 240 und ihren Vielfachen ausgegeben.

Table with 3 columns: Description of bond parts, Amount in Pfund türk., Amount in M. (Mark)

Die Kaiserlich Ottomanische Regierung hat den ersten Teil dieser Anleihe an die vertragsschließenden Banken fest abgetreten und diese haben ihn fest übernommen. Der zweite Teil wird, unter gewissen Vorbehalten, später ausgegeben werden.

Die Obligationen der gegenwärtigen Anleihe und ihre Zinsscheine sind im Ottomanischen Reich für immer von allen Steuern, Abgaben und Stempeln befreit.

Die Obligationen dieser Anleihe werden in türkischer, deutscher, französischer und englischer Sprache angefertigt werden. Sie werden den Namenszug des Finanzministers tragen, welcher zu diesem Zweck eines Delegierten nach einem von der Deutschen Bank zu bestimmenden Orte senden wird; sie werden außerdem von einem Delegierten der Deutschen Bank gezeichnet werden. Sie werden mit Zinsscheinen für die ganze Dauer der Anleihe versehen sein.

Die vertragsschließenden Banken sind ermächtigt, Interimsscheine (scrips) auszugeben oder ausgeben zu lassen, welche kostentlos gegen die endgültigen Stücke umgetauscht werden.

Die Deutsche Bank wird mit dem Zinsen- und Tilgungsdienst der gegenwärtigen Anleihe unwiderruflich und für ihre ganze Dauer betraut. Sie wird ermächtigt, andere Zahlstellen, sei es in Deutschland oder in anderen Ländern, zu bestimmen.

Die Zahlung der Zinsscheine und der zur Rückzahlung aufzurufenden Stücke erfolgt nach Wahl der Inhaber in Konstantinopel, Berlin, Frankfurt a. M., Hamburg, Wien, Budapest, Paris, London, Amsterdam, Brüssel, Zürich und in anderen gegebenenfalls von der Deutschen Bank zu bezeichnenden Städten Europas in der Währung des Zahlungsortes zum festen Satze von Pfund türk. 25 = Mark 408 = österr. Kr. 478,50 = Frs. 500 = £stg. 20 = holl. Gulden 240.

Der Zinsen- und Tilgungsdienst der gegenwärtigen Anleihe beginnt vom 1. Januar (n. S.) 1911 ab. Die Zinsen von jährlich 4% sind halbjährlich zahlbar, am 2. Januar (n. S.) und 1. Juli (n. S.) jedes Jahres.

Die Tilgung, welche jährlich 1% vom Nennwert der Anleihe beträgt, wird durch Rückkauf unter pari erfolgen und im Wege jährlicher Auslosungen zu pari, falls Rückkäufe unter dem Nennwert nicht vorgenommen werden können. Die Rückkäufe werden durch die Deutsche Bank vorgenommen werden.

Die Auslosungen werden gegebenenfalls zweimal im Jahre durch die Deutsche Bank im Finanzministerium zu Konstantinopel in Gegenwart eines Delegierten des Finanzministers, eines Delegierten der Deutschen Bank und eines Notars vorgenommen werden, und zwar zwei Monate vor Fälligkeit der Kupons, also am 1. Mai (n. S.) und am 1. November (n. S.) jedes Jahres. Die erste Auslosung wird gegebenenfalls am 1. Mai (n. S.) 1911 stattfinden. Die Anzahlung der auszulosenen Obligationen wird 2 Monate nach Auslosung gleichzeitig mit der Zahlung der Zinsscheine erfolgen.

Das Ergebnis jeder Ziehung wie alle dem Dienst der gegenwärtigen Anleihe betreffenden Anzeigen werden durch die Deutsche Bank in zwei Konstantinopel, zwei Berliner Zeitungen, einer Frankfurter, einer Hamburger, einer Wiener, einer Budapester, einer Pariser und einer Schweizer Zeitung veröffentlicht werden.

Bei der Einlösung der ausgelosten Obligationen müssen sich alle an dem für die Einlösung bestimmten Tage noch nicht fällig gewordenen Kupons an den Stellen befinden; für fehlende Kupons wird der dem Inhaber des gelosten Stückes auszahlende Betrag entsprechend gekürzt.

Die Kaiserlich Ottomanische Regierung verpflichtet sich, bei der Zahlung der Kupons und der Rückzahlung der Obligationen keinerlei Kürzung oder Abzug vorzunehmen.

Fällige Kupons, die innerhalb von fünf Jahren nach ihrem Fälligkeitstage nicht zur Zahlung vorgelegt sind, sowie ausgeloste Stücke, die innerhalb von fünfzehn Jahren nach ihrem Fälligkeitstage nicht zur Zahlung vorgelegt sind, verfallen zu Gunsten des Kaiserlich Ottomanischen Staatsschatzes.

Die Kaiserlich Ottomanische Regierung behält sich das Recht vor, vom 2. Juli (n. S.) 1921 ab jederzeit die gegenwärtige Anleihe nach einer öffentlichen, mindestens zwei Monate vorher erfolgten Ankündigung durch Einlösung aller Obligationen zu pari aus dem Umlauf zu ziehen.

Jede Meinungsverschiedenheit zwischen der Kaiserlich Ottomanischen Regierung und den Banken über die Ausführung und Anlegung des Anleihe-Vertrages wird durch zwei Schiedsrichter entschieden, von denen einer seitens der Kaiserlich Ottomanischen Regierung und der andere seitens der Deutschen Bank ernannt wird.

Im Falle der Uneinigkeit werden diese Schiedsrichter einen dritten Schiedsrichter ernennen, der zwischen ihnen zu entscheiden hat und dessen Entscheidung für beide Parteien endgültig ist.

Budget für das Finanzjahr 1326 (1910/11), festgesetzt durch das am 25. Djezair-el-Akhir 1326/20. Juni 1926 (1910) verkündete Gesetz.

Main budget table with columns: Nature des Recettes, Prévisions pour 1326 Lira, and various categories of income and expenses.

Table with columns: Noms des Départements, Crédits accordés pour l'exercice 1326 Lira, listing departmental credits.

*) [Anmerkung des Original-Prospektes] Schätzung auf Grund der Einnahmen während der ersten 10 Monate, welche sich auf Pfund türk. 833 194,25 belaufen haben.

*) Bei planmäßiger Auslösung zu pari würde die Tilgung der Anleihe im Jahre 1922 beendet sein.

Stenographischer Reichstagsbericht

des Mannheimer Generalanzeigers

Deutscher Reichstag.

147. Sitzung, Dienstag, den 14. März.
Amische des Bundesrats: Delbrück, Richter, Saffar.
Präsident Graf Schwerin eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Minuten.

Der Etat des Reichsamts des Innern.

(Dritter Tag.)

Abg. Hansen (Däne):

Den Beschwerden des Dr. Müller-Weinungen über die mißbräuchliche Handhabung des Vereinsgesetzes schreibe ich mich durchaus an. Der Staatssekretär hat den Erlaß des preussischen Ministers des Innern, wonach alle Umzüge verboten werden sollen, preisgegeben. Er hofft, daß Mißbräuche nicht mehr vorkommen. Ich bin nicht so optimistisch. Warum wird der Etat nicht einfach kassiert? Leider fehlt es den Reichsbehörden an der nötigen Fälligkeit mit der Landesverwaltung. Der Redner spricht gegen eine Verfügung des preussischen Justizministers, wonach Däneg auch das Erteilen von Lizenzurteilen verboten ist.

Abg. Hauser (Zentr.):

Wenn wir hier Mittelwünsche vorbringen, werden uns immer nur Erwägungen und Prüfungen versprochen. Das genügt uns nicht, wir verlangen endlich Gesetzentwürfe. Bei elektrischen Installationen, besonders bei Hebebandcentralen, sollte man nicht die großen Firmen, sondern kleine Betriebe berücksichtigen. Der Redner fordert die Unterdrückung des heimlichen Warenhandels und schärfere Maßnahmen gegen Wanderlager und Bankraufaktionen und empfiehlt die Resolutionen seiner Partei in dieser Richtung.

Abg. Graf Kanitz (Konf.):

Das zweite Aufgebot der Redner ist nunmehr in die Geschäftsliste eingetragen. Wenn es so weiter geht, wird der Staatssekretär sein lauer verdientes Gehalt in dieser Woche kaum noch bewilligt erhalten. (Heiterkeit.) Die wirtschaftlichen Ausführungen des Dr. Stresemann fanden in wohlwollendem Kontrast zu denen des Dr. Biemer. Zwischen dem wirtschaftlichen Programm des national-liberalen Redners und dem des fortschrittlichen scheint mir eine schwer zu überbrückende Kluft zu bestehen.

Gleichwohl hoffe ich, daß auch die Freireisenden sich allmählich dem Standpunkt Stresemanns nähern werden, und daß auf diese Weise die Möglichkeit geschaffen wird, daß die bürgerlichen Parteien bei den künftigen Reichstagswahlen zusammenhalten. (Hört, hört und Heiterkeit.) Eine Vorbedingung dieses Zusammengehens ist nach meiner Auffassung das unbedingte Festhalten an dem Prinzip des Schutzes der nationalen Arbeit. Der national-liberalen Petroleumsrevision stehen wir nicht ablehnend gegenüber. Der Gedanke ist nicht neu. Schon 1897 hat übrigens Herr Boffermann eine Interpellation in dem gleichen Sinne eingebracht. Auch ich habe mich hier schon sehr eindringlich für eine Emanzipation von der Standard Oil Company ausgesprochen. In hohem Grade frage es sich aber, ob eine auf ein Monopol gerichtete Resolution hier öffentlich diskutiert werden kann. Wenn man auf ein Monopol aus, dann deckt man seine Karten nicht vorzeitig auf; Herr Stresemann hat den Staatssekretär wohl zu niedrig eingeschätzt, wenn er von ihm eine öffentliche Erklärung hierzu erwartete. Nun zu dem, wozu ich mich zum Wort gemeldet habe:

die Bankfallissements.

Der Redner gibt eine Skizze der großen Bankrisikis des letzten Jahres. Wieviel der Verlust an Depots dabei beträgt, ist schwer zu sagen. Auf dem Hamburger Bankiertag 1907 wurden sie freilich auf weniger als 1 Proz. beziffert. Jetzt in der letzten Zeit haben wir aber erfahren, daß 20, 50, ja 60 Proz. der Depots verloren gehen. Bei dem Zusammenbruch der Frankfurter Vereinsbank ergab sich, daß die als Unterlage dienenden Hypotheken zum größten Teil wertlos waren (Hört, hört!), zum Teil schon seit Jahren ausgefallen. Die Revisionen bieten da gar keine Garantie. Die Sucht nach hohen Zinsen treibt die Leute immer von neuem in die Arme der Spekulanten, die die Unerschrockenheit und Leichtgläubigkeit ausnützen, und die bis in die kleinsten Landstädte, ja in die Dörfer ihre Rangarme ausstrecken. Die Bankfirma Neuburger hatte 40 Depostenkassen in der Provinz, den kleinsten Orten. Bei der Bankensuite sah man davon ab, dem englischen Beispiel zu folgen, wo die Depostentbanken völlig von dem sonstigen Bankbetriebe getrennt sind. Herr Nieber legte dar, daß bei uns die Depots noch sicherer sind als in England. In der Enquete-Kommission wurden dann weitere Vorschläge gemacht: einen gewissen Prozentsatz der Deposten in der bei der Reichsbank zu deponieren — man konnte sich über den Prozentsatz nicht einigen; 40 Proz. sollten in Prima-Bestellen angelegt werden — ja, was sind Prima-Bestellen? Dann die Veröffentlichung der Zwischenbilanzen. Es ist das Verdienst von Nieber und dem Reichsbankpräsidenten Havenshein, daß vom 1. Januar n. J. an alle großen Berliner Banken auf Grund eines einheitlichen Bilanzschemas zweimonatliche Bilanzen veröffentlicht werden; nur die Berliner Handelsgesellschaft schloß sich aus. Aber wer kann Bilanzen lesen?

Nicht einer unter Hundert! Und dann weiß er noch lange nicht, ob die in der Bilanz als Aktiva aufgeführten Effekten voll — oder unterwertig sind. (Sehr wahr.) Es wird immer darauf ankommen, daß das Publikum selbst sich schützt und nicht hohen Zinsen nachgibt. Erwäge aber sollte die Regierung den weiteren Vorschlag der Enquete-Kommission, ein Kontrollamt, eine Kommission für das Bankwesen einzurichten, mit der gesetzlichen Befugnis, jederzeit in den Status einer jeden Bank Einsicht zu nehmen. Populär wird eine solche Kommission ja nicht sein. Aber es gilt, den ungesunden Auswüchsen des Bankwesens, den zweifelhaften und minderwertigen, diesen gemeinschaftlichen Banken mit allen Mitteln zu Leibe zu gehen; das ist eine der wichtigsten Aufgaben der Gesetzgebung. (Beifall rechts.)

Abg. Hoch (Soz.):

Wir führen nicht Klage darüber, daß zu wenig sozialpolitische Besuche eingebracht werden, sondern daß die berechtigten Beschwerden der Arbeiter dabei nicht berücksichtigt werden. Für den Bau von Kleinwohnungen werden nicht mehr vier Millionen, sondern in diesem Jahre nur zwei Millionen in den Etat eingestellt. Gleiches bedürfnis nachgewiesen ist und die gemeinsamen Baugesellschaften mit dem gekauften Gelände nun ihren Weiden; und das Zentrum, Herr v. Hertling, ist der erste, der erklärt, für diese Zwecke ist kein Geld da! Die Privatbaugesellschaften läßt man wozu, in Sachen der Sozialfrage bleibt es bei den Erwägungen, von der Konkreten Kasse! Hier hört man überhaupt nichts mehr! Unerhört ist das Vorgehen gegen die

Jugendorganisationen der Arbeiter. Man läßt sie auf, weil sie angeblich Politik betreiben, während sie tatsächlich viel weniger Politik treiben als die bürgerlichen Jugendorganisationen. Das ist eine

Vergewaltigung der Arbeiter.

Wir müssen uns bemühen, der Jugend die Ideale wiederzugeben, die man ihr geraubt hat (Gelächter rechts, Beifall bei den Soz.), ihr das Ideal der Freiheit predigen. Der Terrorismus der Bürgerlichen gegen die Arbeiter übersteigt alle Grenzen. Und da magt man uns Terrorismus vorzuwerfen! Nehren Sie vor Ihrer eigenen Tür! Was die Arbeiterversicherung bringen soll, wird tatsächlich nicht vor dem Verlangern stehen. Die Invalidenrente beträgt pro Kopf 88 Pfennige, die Witwenrente 33 Pfennige, die Waisente, von der auch die Mutter leben muß, 18 Pfennige. Kann man davon leben? Wir wünschen Klarheit darüber, ob das Privatbeamten-Versicherungsgezet noch in dieser Session behandelt werden soll. Natürlich wird es ganz wesentlich verändert werden müssen, um brauchbar zu sein. Die Handlungsgesellschaften lassen sich durch die leeren Versprechungen der Redner nicht mehr hinführen. In ihrem Organ kommt eine große Verbitterung über die Unfähigkeit des Reichstages auf sozialpolitischem Gebiet zum Ausdruck. Das Großkapital ist immer mehr eine unbegrenzte Herrschaft über das ganze Wirtschaftsleben. Die Bankdrücke werden gerade von den soliden Bankinstituten bedauert. Gehen Sie nicht zu weit, Herr Hoch. Auf das Verhältnis der Regierung zum Zentralverband deutscher Industrieller ist der Staatssekretär mit seinem Wort eingegangen. Herr Delbrück läßt aber gerade die Gesellschaft dieser reaktionären Herren. Ueber den Gesinnungslage ist der Staat hat die Handhabe in der Hand, sondern die Handhabe den Staat. Die Arbeiterklasse wird sich selbst zu helfen wissen. Trotz aller Ausnahmegerichte werden die deutschen Arbeiter den Weg zu einer höheren Kultur finden. (Beifall der Soz.)

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Der Vordredner hatte es als besonders interessant bezeichnet, daß ich über die Tatsache nicht ausgelassen habe, daß ich beim Zentralverband deutscher Industrieller zu Gast war. Auf den ersten Blick muß man mit einem gewissen Staunen fragen, was für ein Interesse das Parlament daran hat, wo ein Minister zu Gast ist. Seine Parteigenosse Pfister hat mich ermahnt, weil beim Zentralverband der Generalsekretär Wied zwischen dem preussischen Handelsminister und mir gesehen habe, sei erweisen, daß die Regierung in absoluter Abhängigkeit vom Zentralverband sei. (Hört, hört!) Diese Art der Beweisführung ist nicht geeignet, die angeblich für Sie feststehende Tatsache in den Augen anderer Leute glaubhaft zu machen. (Sehr gut!) Aber Sie widersprechen sich selbst, wenn Sie einerseits die mangelhafte Tätigkeit der Regierung auf sozialpolitischem Gebiete behaupten und andererseits darauf hinweisen, daß der Generalsekretär des Zentralverbandes sich in überaus abfälliger Weise über die Regierung und ihre Stellung zur Sozialpolitik ausgesprochen hat. (Sehr gut!) Die Regierung und die einzelnen Parteien unterscheiden sich sicherlich in der Beurteilung der Thaten, was für die arbeitende Bevölkerung gesehen kann und was nicht; ich habe aber noch niemals eine Auffassung ausgesprochen hören, die mit dem in Widerspruch stand, was der Vordredner eben als besonders erlauchtes Anschauen seiner eigenen Partei hingestellt hat, daß wir an der

Kulturellen und wirtschaftlichen Hebung unseres Arbeiterstandes

lebhaften Interesse haben, mögen wir welcher Partei immer angehören. Das wollte ich hier nur ausdrücklich im Namen der Parteien feststellen, mit denen wir gesondert sind, auf sozialpolitischem Gebiet zusammenzuarbeiten. Nicht die Sozialdemokratie hat unsere sozialen Gesetze mit beschlossen, sondern die Regierung und die übrigen Parteien. (Beifalls Zustimmung.) Abg. Stadlger: Alle vernünftigen Gedanken kommen indert von uns! Lassen und Widerspruch rechts.) Alle Parteien sind darüber einig, daß sie für die kulturelle, soziale und wirtschaftliche Hebung des ganzen Volkes und in erster Linie der Arbeiter sorgen müssen. Wir sind uns darüber einig, daß ein gebildeter Arbeiter das Beste ist, was das Volk für seine Weiterentwicklung wünschen kann. Ich frage: Wo ist denn die Kultur hergekommen, und warum erfreut sich der deutsche Arbeiter einer höheren Kultur als die Arbeiter anderer Staaten? Wenn anders dankt er das als dem unzureichenden deutschen Staat! (Beifalls Beifall rechts, Gelächter bei den Soz.) Jarrus: Sagen Sie doch gleich preussischen Staat! Wir ist oft gesagt worden: Sie haben sich auch Eure Opposition selbst vorgelesen. Wenn Sie nicht unabhängig von Staatswegen geordnet hätte an der Hebung der Kultur und Verbesserung der Intelligenz, speziell auch in den preussischen Landestellen, dann würden Sie nicht unanständig mit den Sozialisten in Kampfen haben wie jetzt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Maß von Bildung, die Möglichkeit zu lesen und zu schreiben, das Maß von technischer Vollkommenheit, die Fähigkeit, wirtschaftliche technische und häusliche Probleme, fördert sie für die arbeitende Klasse von Interesse sind, zu verstehen, zurückzuführen ist auf die Fürsorge des Staates und ein Geld, die Unbefangenheit mit der das Deutsche Reich und die Bundesstaaten, und speziell

das vielangeseindete Preußen

die Kulturaufgaben des Staates zu lösen bemüht sind. (Beifalls Zustimmung.) Die außerordentlichen kulturellen Fortschritte der breiten Masse des Volkes, über die Sie so besonders freuen und ich mit Ihnen, sind nicht Ihr Werk (zu den Soz.), sondern in erster Linie das Werk der Bundesstaaten und des Reiches. (Beifalls Zustimmung.) Sie sprechen immer von der Entziehung des Volkes. Was ist denn in Laufe der letzten Zeiten her geschehen. Wir haben ein außerordentlich liberales Vereinsgesetz gemacht. (Sehr richtig! rechts, Gelächter d. d. Soz.) Ich habe schon gestern hier festgestellt können, daß man nicht über die Durchführung des Gesetzes in ganzen Klagen kann, wenn auch im einzelnen Beschwerden vorgebracht werden. Herr Hoch hat wohl die Verhältnisse kritisiert, aber er hat keine Vorschläge gemacht, wie der Staat eingreifen soll. Er hat auch bemängelt, daß wie in der Frage des Schulkaufwesens der Entwicklung freien Lauf lassen. Er hat sich diese beiden für ihn auffälligen Vorwürfe mit der oft gehörten Wendung zu erklären gesucht, daß wir in völliger Abhängigkeit vom Großkapital und von der Großindustrie wären. (Hört links: Und der Junker!) Das hat er ja diesmal nicht gesagt (Heiterkeit), aber auch dann würde das nichts an der Tatsache ändern, daß er die Ursachen unserer Verhältnisse an einer ganz falschen Stelle sucht. Was uns in dieser Richtung beudet, das ist die grundsätzliche Stellung, die wir in wirtschaftlichen Fragen überhaupt einnehmen, und die Stellung, die wir den

Problemen des Augenblicks gegenüber, namentlich als Regierung, einnehmen müssen. Wir sind nicht in der Lage, wirtschaftliche Probleme vom Standpunkt einer wirtschaftlichen Anschauung aufzufassen, die vorläufig außerhalb unserer gegebenen Verhältnisse liegt, sondern wir sind genötigt, die Dinge, die wir vor uns haben, in einer dem Wohle des ganzen angemessenen Richtung vorwärts zu schieben. Das können wir nicht tun, indem wir irgend eine vorläufig nicht adoptierte und auch in unseren wirtschaftlichen Verhältnissen nicht zum Ausdruck kommende Wirtschaftsanschauung betreten. Wir sind der Meinung, daß im Rahmen unserer jetzigen wirtschaftlichen Verhältnisse, im Rahmen unserer jetzigen Staats- und Wirtschaftsordnung, im Rahmen der Gewaltenteilung zwischen Regierung und Parlament es ein sämmeres Unrecht an unserer Entwicklung wäre, wenn wir in alle Dinge hineingreifen wollten. Gewiß, die Aufgaben des Staates wachsen dauernd. Die Interessen des Staates in allen möglichen Veranlassungen des öffentlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Lebens werden immer größer. Umso mehr soll man darauf bedacht sein, daß nicht noch unsere Angelegenheiten einseitig die Möglichkeit der freien Entwicklung des Individuums, die die Voraussetzung unserer politischen Verhältnisse ist, fällt, wenn die Freiheit des Individuums untergeht in der Herrschaft der Masse. (Beif. Zustimmung.)

Ich bin bestrebt, die Geschäfte, die mir anvertraut sind, so zu führen, wie ich es für notwendig und nützlich halte. Ich bin nicht einseitig genug, es überzunehmen, wenn die Industrie in diesem oder jenem Punkte anderer Meinung ist, oder wenn eine Rede bei einem Dinner den Charakter einer Disziplinierungsunterweisung annimmt. (Heiterkeit.) Ich verkenne nicht, was unsere wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung bedeutet, und was sie auch für die Wehrhaftigkeit unseres Vaterlandes ist. (Beifall.) Aus diesen Gründen werde ich mir die Freiheit nehmen, die Interessen der Industrie ebenso zu fördern, wie die aller übrigen Zweige des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens, die der Fürsorge meines Ressorts anvertraut sind. (Beifall.)

Da ich am Worte bin, noch einige kurze Ausführungen zu den Erweiterungen des Grafen Kanitz. Die unerfreulichen Vorkommnisse, die er erörterte, der Zusammenbruch der Niederdeutschen Bank, der Frankfurter Vereinsbank sind selbstverständlich von uns mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt und haben uns veranlaßt, noch einmal die Erörterungen der Bankensuite und speziell die letzten vom vorigen Jahre vor unserem geistigen Auge vorüberziehen zu lassen. Aus den Ausführungen des Grafen Kanitz kann ich nun zunächst als erfreulich feststellen, daß man allseits von dem Gedanken abgesehen zu sein scheint, eine Trennung der Kredit- und Depostenkassen zu verlangen, und daß auch Graf Kanitz unsere Auffassung dahin teilt, daß es mit der ganzen Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse zugeht und für absehbare Zeit nicht wohl veränderbar sein würde, hier einen Schritt zu machen. Wir haben uns aber weiterhin zu halten, die Vorkommnisse bei den beiden Banken etwa zurückzuführen auf Mängel in unserer Gesetzgebung, Aktienrecht, Strafrecht, Konkursrecht usw. Das Ergebnis der Untersuchungen — die gerichtlichen sind ja noch nicht abgeschlossen — ist doch zweifellos, daß diese beiden Zusammenbrüche nur möglich gewesen sind infolge einer

Reihe von unredlichen Handlungen der Leiter, und dagegen kann man sich nicht wehren. Derartige Unrechtheiten festzustellen, wird natürlich umso schwerer, je größer und komplizierter die Einrichtung ist. Es ist ganz charakteristisch, daß es in beiden Fällen erst ganz allmählich gelungen ist, ein Bild von dem Umfange der betrügerischen Handlungen zu verschaffen, die jahrelang in der Leitung dieser Banken erfolgt sind. Wir haben erzwungen, ob man etwa noch englischen Reuere die Bestellung von Revisionen für die Aktienbanken anordnen soll. Wir hatten es aber nicht für angebracht, die Generalversammlungen sind jetzt schon in der Lage, bearbeitete Revisionen zu bestellen und ein großer Teil der größeren Banken befindet sich schon über derartige dauernde Revisionen. Ein solches Institut von Revisionen würde wahrscheinlich nicht in der Lage sein, geschickte Unrechtheiten rasch aufzudecken, wohl aber würde es durch seine Kritik die Aktionäre und das Publikum in unbedingte Sicherheit setzen. Am besten ist in der Bankensuite die Frage erzwungen worden, ob man einen Bankaufbruch oder Bankauflösung einrichten soll. Auch diese Frage ist von mir in allerletzter Zeit noch einmal zum Vordredner sehr eingehender Stellung genommen und wir sind auch hier dahin gekommen, daß diese Einrichtung nicht geeignet sein würde, gerade die Mängel zu beseitigen, auf die Graf Kanitz hinwies. Gewiß würde ein derartiger Bankaufbruch in der Lage sein, im politischen Moment einzelne Banken herauszugreifen und zu prüfen; aber gerade diese Möglichkeit würde das Publikum noch abschütteln machen; und vor allem ist zu fürchten, daß der Bankaufbruch eine Verantwortung auf sich nehmen würde, die er zu tragen außerstande ist. Ich behalte mir vor, über diese, wie ich ohne weiteres anerkenne, wichtige Angelegenheit abensueß noch den Präsidenten der Reichsbank zu Wort kommen zu lassen.

Abg. Wieland (Dp.):

Die besondere Vorliebe der Redner und des Zentrums für den Mittelstand gerade in der jetzigen Zeit verstehen wir. Man will die Hände von den Schänden der Reichsfinanzreform ablenken. Von einem Niedergang des Handwerks kann nicht mehr gesprochen werden. Aber natürlich ist noch viel zu bessern. Wir allem leben die Handwerker unter den hohen Lebensmittelpreisen. Unter der nötigen Beweglichkeit wird das Handwerk schon einen Weg finden. Den großen Verhältnisausgleich können wir noch wie vor ab. Es ist ein weitverbreiteter Irrtum, daß die Arbeitsverhältnisse im Handwerk schlechter seien als in der Großindustrie. Es ist auch übertrieben, wenn fortgesetzt über die Zunahme der Lehrlingskürzungen geklagt wird. Die Regierung sollte dafür sorgen, daß die alle Streitfrage der

Regierung von Fabrik und Handwerk endlich einmal zur Ruhe kommt. Es muß dabei vermieden werden, Handwerksbetriebe nur deshalb als Fabrikbetriebe anzusehen, weil sie zum Maschinenbetrieb übergegangen sind. Von dem Recht der Jungmänner zur Festlegung von Mindestpreisen verprechen wir uns gar nichts. Hoffentlich bringt die Reichsversicherungsordnung die erwünschte Klärung über die Frage der Begrenzung des Handwerks in die Sozialgesetzgebung. Wir werden auch jetzt — wie Herr Vauk gesagt sei — nach Ablauf der Blockzeit für die Maßnahmen eintreten, die im Interesse des gesamten Handwerks liegen. (Beifall.)

Abg. Frhr. v. Camp (Dp.):

(Abg. Dr. Müller-Weinungen ruft: Sie sind heute einmal da!) Herr Wieland, lassen Sie Ihre kühnen Redenarten. (Unruhe links.) Wir arbeiten in den Kommissionen und in der Bibliothek manchmal mehr, als Sie hier im Zentrum.

Unsere Knaben-Anzüge 1911

erregen allgemeines Entzücken

Spezial-Abteilung für Knaben-, Jünglings-Kleidung im I. Stock

Unsere Auswahl in Modell-Neuheiten ist die denkbar grösste!



Knaben-Blusen-Anzug
 entzückende Facons
 Unsere Preislagen:
4⁰⁰ 4⁵⁰ 6⁰⁰ 8⁰⁰ 12⁰⁰ bis 22⁰⁰

Knaben-Jacken-Anzug
 die grosse Mode mit Ueberkragen
 Unsere Preislagen:
8⁵⁰ 9⁰⁰ 12⁰⁰ 18⁰⁰ bis 20⁰⁰

Knaben-Kadett-Anzug
 selten grosse Auswahl
 Unsere Preislagen:
7⁰⁰ 8⁰⁰ 9⁰⁰ 12⁰⁰ 15⁰⁰ bis 23⁰⁰

Knaben-Kittel-Kleidchen
 bis zu den neuesten Modellsachen fertig am Lager
 Unsere Preislagen:
7⁰⁰ 8⁰⁰ 9⁰⁰ 12⁰⁰ 15⁰⁰ bis 23⁰⁰

Frankoversand
 unserer
 reichillustrierten
 Haupt-Kataloge.

Beachten Sie unsere Neuheiten in Knaben- und Burschen Ulster und Paletots
 Beachten Sie unsere Facons in Burschen-Anzügen und Norfolk-Anzügen
 Beachten Sie unsere Spezial-Ausstellung und unsere Preise für Konfirmanden

Zu jedem Knaben-
 Paletot eine passende
 Mütze vom gleichen
 Stoff vorrätig.

Gehr. Manes

Spezialhaus ersten Ranges für moderne Herren- und Knaben-Kleidung

Mannheim
Strohmarkt

Zentralverkaufshaus; Nürnberg

Planken
P 4, 12

Zweiggeschäfte:

- Mannheim
- Bochum
- Chemnitz
- Pilsen
- Fürth
- Hamburg
- Bayreuth
- Augsburg
- Kaiserslautern

Urin-Untersuchungen prompt und gewissenhaft
Schwan-Apotheke Nr. 2, 14 nächst d. Börse. Tel. 425.

MANNHEIMER MASCHINENFABRIK
MOHR & FEDERHAFF
MANNHEIM

Zahn-Atelier
 Arno Peetz, Dentist
 Q 2,1 Telephon 3574 Q 2,1

Modell 7
 doppelte Umschaltung
 30 Tasten
 90 Zeichen
 Mehr als 70 000 im Gebrauch.

Modell 15
 einfache Umschaltung jedoch Konstruktion wie Modell 7
 45 Tasten
 92 Zeichen
 In mehrjährig Gebrauch glänzend bewährt.

Enorme Vorteile bietet die
Adler Schreibmaschine
 in ihren mannigfachen Ausführungen für jeden Geschäftsbetrieb für jegliche Schreibarbeiten für alle Spezialzwecke.
 „Anerkannt erstklassiges Fabrikat“
 Zwei Kgl. Preuss. Staatsmedaillen Vier „Grand Prix“ für gewerbliche Leistungen. „Goldene Medaillen“
 Vorführung u. Katalog kostenlos ohne Kaufverpflichtung
Hans Schmitt Nachf. Heinz Meyne
 C 4, 1 Mannheim Tel.-No. 1246.
 Spezial-Reparatur-Werkstatt für Schreibmaschinen aller Systeme. 10087

Waagen
Aufzüge
Kräne
Verladevorrichtungen

Zugregulierung System Rohrer
 beseitigt die 11300
Rauchgase
 unter Garantie.
 Billig! Unverwundlich!
 Prospekt, Modell, Preise gratis und unverbindlich.
 Erfinder und Fabrikant
Carl Rohrer, Seifenfabrik
 Luisenring 51. Tel. 2648.

Vermischtes.
Gas-Lampen
 jeder Art kauft man am vorteilhaftesten bei **F. Welkel** C1,3

Läden.
F 5, 4.
 Boden mit 3 Zimmern, Küche u. Backofen per sofort oder später zu vermieten. 22524
 Näheres G 3, 19, Baden.

Wohnungen
F 5, 4.
 4 Zimmer, Küche u. Zubehör 3 Treppen hoch, per 1. April oder später zu verm. 22525
 Näheres G 3, 19, Baden.

T 5, 1 Boden mit Nebenr. (evtl. als Bureau) zu vermieten. 47005
 Näheres Bierhausstraße.

Stadtgemeinde Bretten
 infolge günstiger Lage besonders geeignet zur Ueberlassung von Industrie.
 Große Arbeiter (innen) Hall in der Stadt selbst und Umgebung zur Verfügung. Durch bevorstehende neue Bahnhöfe und Bahnanlagen wird die Arbeiterzahl noch wesentlich vergrößert.
 Die Stadt ist als Knotenpunkt der Eisenbahnen nach Karlsruhe, Bruchsal-Heidelberg, Mühlacker, Stuttgart und Esslingen - Bad. zum für größere Untern. nehmen zu besonders geeignet.
 Größtes Entgeltommen der Stadtgemeinde gesichert.
 Nähere Auskunft erteilt das Bürgermeisteramt. 7429
Gemeinderat.